

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/813 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-
gesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 13
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur,
Bundes- und Europaangelegenheiten**

Der Landtag möge beschließen:

1. In Kapitel 1373 Universität Rostock
 Titel 685.01 Zuschuss zum laufenden Betrieb

wird der Ansatz für das Jahr 2022

von 117 962,1 TEUR
um 436,5 TEUR
auf 118 398,6 TEUR

und für das Jahr 2023

von 118 995,2 TEUR
um 445,3 TEUR
auf 119 440,5 TEUR

zur Ausbringung von zwei Planstellen der Besoldungsgruppe W2 sowie drei Stellen der Entgeltgruppe E13 erhöht.

2. Zur Deckung der Mehrausgaben wird der Haushaltsansatz in

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1111	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben
Titel 359.01	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

für die Jahre 2022 und 2023 in entsprechender Höhe angehoben.

3. In der Erläuterung zu Titel 359.01 wird in den Zeilen „Haushaltsausgleich“ und „Summe“ der Ansatz für die Jahre 2022 und 2023 in entsprechender Höhe angehoben.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Die Altersabgänge bei Gerichten, Behörden, Verbänden und Staatsanwaltschaften sowie den Rechtsanwälten des Landes lassen sich mit den bisherigen Absolventen der Universität Greifswald nicht kompensieren. Hinzu kommt die bundesweite Konkurrenz um gut ausgebildete Juristen. Die Universität Rostock hatte bereits bis zum Jahr 2008 eine Juristische Fakultät mit einer vollwertigen Juristenausbildung.

Die Anhebung des Zuschusses zum laufenden Betrieb ist für zwei W2-Professuren und drei E13-Stellen zum Ausbau der Juristischen Fakultät und dem Angebot einer vollwertigen juristischen Ausbildung mit Staatsexamen vorgesehen.